11.03.2003

Antrag

der Fraktion der CDU

Aufklärungsquote steigern – DNA-Analyse als die erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen

Der Landtag beschließt:

Nordrhein-Westfalen setzt sich auf Bundes- und auf Länderebene dafür ein, dass die DNA-Identitätsfeststellung als weitere erkennungsdienstliche Maßnahme wie der Fingerabdruck behandelt wird. Das bedeutet:

- a) die Anwendbarkeit der DNA-Analyse wird auf alle Straftaten erweitert,
- b) auf das Erfordernis der Anordnung durch einen Richter wird verzichtet,

Es wird unverzüglich eine entsprechende Bundesratsinitiative vorbereitet.

Begründung:

Einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Straftaten leistet die DNA-Analyse. Bereits vier Jahre nach der mit § 81 g Strafprozessordnung geschaffenen gesetzlichen Möglichkeit im Jahr 1998 hat das Landeskriminalamt mit Hilfe der DNA-Analyse-Datei seinen 1000. Fahndungserfolg erzielen können. Der 1000. Treffer hat neun Jahre nach der Tat zur Festnahme eines Vergewaltigers geführt. Die konkurrenzlose Eignung der DNA-Analyse als kriminalistisches Mittel der Täterüberführung, also der Feststellung, ob eine am Tatort sichergestellte Spur einer Person zweifelsfrei zugeordnet werden kann, wird ernsthaft von Niemandem bestritten. Mit dieser Methode gelingt die Überführung des Täters mit nahezu 100-prozentiger Sicherheit. Obwohl mit Hilfe einer DNA-Identifizierung Sexual- oder Tötungsdelikte aufgeklärt werden konnten, die früher nicht oder viel später hätten aufgeklärt werden können und so vor allem auch Wiederholungstaten vermieden werden, wird diesem neuen Instrument der Kriminalistik mit Misstrauen begegnet.

Datum des Originals: 11.03.2003/Ausgegeben: 11.03.2003

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen.

Dieses Misstrauen ist unbegründet. Denn im Gegensatz zu der immer noch vorhandenen Annahme, dass eine DNA-Analyse den Rückschluss auf Krankheiten oder Erbanlagen zulässt, beschränkt sie sich lediglich darauf, persönlichkeitsneutrale Merkmale des betreffenden Menschen festzustellen. Denn die Analyse erfasst ausschließlich den nicht codierten DNA-Abschnitt. Eine Aussage aber über bestimmte körperliche, geistige oder charakterliche Eigenschaften eines Menschen oder seines gesundheitlichen Zustandes ist damit nicht möglich.

Nach Erstellung der aus einem Buchstaben-Zahlen-Code bestehenden DNA-Formel wird das in anonymisierter Form dem Landeskriminalamt eingesandte DNA-Material vernichtet. Einzig die Möglichkeit der zweifelsfreien Identifizierung einer Person ist Ergebnis der Analyse. Durch dieses richtige Verständnis der sog. DNA-Identifizierung bedeutet diese Methode lediglich eine technische Weiterentwicklung des herkömmlichen Fingerabdrucks.

Mitunter vorhandene Bedenken hinsichtlich der Eingriffsintensität sind ebenfalls nicht gerechtfertigt. Damit eine molekulargenetische Untersuchung vorgenommen werden kann, müssen zuvor die Körperzellen entnommen werden. Die Entnahme erfolgt lediglich in Form einer Speichelprobe mittels eines Wangenschleimhautabstrichs. Erst wenn der Beschuldigte hierzu nicht bereit ist, muss eine Blutentnahme angeordnet werden. Daher bedeutet die Gewinnung der DNA mittels einer Speichelprobe keinen intensiveren Eingriff in die körperliche Unversehrtheit als ein Fingerabdruck. Denn während bei der Entnahme eines Fingerabdrucks Finger und Handflächen mit Druckerschwärze abgerollt werden, reicht zur Entnahme der DNA das Ausstreichen des Mundraumes mit einem Wattestäbchen aus.

Zwischen der DNA-Maßnahme nach § 81 g der Strafprozessordnung und der Abnahme eines Fingerabdrucks nach § 81 b der Strafprozessordnung bestehen aber nicht nur deutliche praktische, sondern auch systematische Gemeinsamkeiten innerhalb des Strafprozessrechts. Denn die Entnahme eines Fingerabdruckes nach § 81 b der Strafprozessordnung dient nicht nur für Zwecke der Durchführung des Strafverfahrens. Ebenso wie die Entnahme von Körperzellen nach § 81 g der Strafprozessordnung ist sie daneben als erkennungsdienstliche Maßnahme zulässig, vgl. § 81 b, 2. Alternative. Eine erkennungsdienstliche Maßnahme dient nicht nur der Überführung eines Täters in einem anhängigen Verfahren, sondern vielmehr der vorsorglichen Bereitstellung von sächlichen Hilfsmitteln für die Erforschung und Aufklärung von Straftaten.

Aufgrund der dargestellten Gemeinsamkeiten zwischen der Identifizierung eines Täters durch einen herkömmlichen Fingerabdruck und der Identifizierung mittels der DNA, ist es nicht verständlich, dass die Voraussetzungen für die DNA-Identitätsfeststellung weitaus höher sind, als für die Abnahme eines Fingerabdrucks im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung. So darf gegenwärtig eine DNA-Identifizierung nach § 81 g Strafprozessordnung nur vorgenommen werden, wenn es sich um eine Straftat von erheblicher Bedeutung handelt, Grund zu der Annahme besteht, dass künftig erneut Strafverfahren zu erwarten sind und vorher ein Richter, bei Gefährdung des Untersuchungserfolges auch der Staatsanwalt oder ihre Hilfsbeamten, die Maßnahme angeordnet hat.

All diese Voraussetzungen sieht § 81 b für den Fingerabdruck, soweit es sich um eine erkennungsdienstliche Maßnahme handelt, nicht vor. Für die Anordnung ist die Polizei zuständig. Eine Unterscheidung hinsichtlich der Schwere der Straftat wird genau so wenig vorgenommen, wie die vom Richter vorzunehmende „Negativprognose“ einer künftigen Straftat.

Es ist nicht länger vermittelbar, dass nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung eine DNA-Analyse erfolgen darf. Denn nach einer neuen Studie des Bundeskriminalamtes beginnen Sexualstraftäter ihre Karrieren nicht ausschließlich als „Exhibitionist“, sondern mit Delikten der

unterschiedlichsten Art. Auch deshalb kann auf die von einem Richter zu erstellende „Negativprognose“, dass nämlich die Gefahr der Begehung von neuen, einschlägigen Straftaten besteht, verzichtet werden. Die bei allen erkennungsdienstlichen Maßnahmen von der Polizei vorzunehmende Einzelfallprüfung reicht aus.

Für eine Identifizierung nach § 81 g der Strafprozessordnung (DNA- Identifizierung) darf nichts anderes gelten, als für die Identifizierung nach § 81 b der Strafprozessordnung (Fingerabdruck) als erkennungsdienstliche Maßnahme. Nicht nur der Bund Deutscher Kriminalbeamter, sondern auch der Präsident des Bundeskriminalamtes sieht von der Schwere des Eingriffs keine wesentlichen Unterschiede zur Abnahme eines Fingerabdruckes und plädiert für eine weitreichende Erweiterung analog zur Fingerabdruck-Datei.

Aufgrund dieses Verständnisses ist unverständlich, dass die Bundesregierung mit der vorgeschlagenen Neufassung von § 81 g Strafprozessordnung an unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen der Entnahme der DNA und der Abnahme eines Fingerabdruckes festhält.

Dennoch sollen die entnommenen Blutzellen nur der Identifizierung in künftigen Strafverfahren dienen und der daraus gewonnene Datenbestand ist zu löschen, wenn er für den gesetzlich vorgesehenen Zweck nicht mehr erforderlich ist. Gleichfalls dürfen andere Feststellungen als diejenigen, die zur Ermittlung des DNA-Identifizierungsmusters erforderlich sind, nicht getroffen werden, vgl. § 81 g Absatz 2 Strafprozessordnung.

Gerade Nordrhein-Westfalen, in dem die Zahl der registrierten Straftaten im ersten Halbjahr 2002 um über fünf Prozent gestiegen sind und gleichzeitig die Aufklärungsquote auf 46 Prozent gesunken ist, muss ein vitales Interesse haben, dass Täter schneller und sicherer erkannt werden.

Wir wollen Opferschutz vor Täterschutz. Dies gelingt nur, indem wir die DNA-Analyse endlich als die erkennungsdienstliche Maßnahme der Zukunft begreifen.

Dr. Jürgen Rüttgers
Peter Biesenbach
Gabriele Kordowski
Theo Kruse
Tanja Brakensiek
Dr. Wilhelm Droste
Rolf Einmahl
Dr. Hans-Joachim Franke
Dr. Rolf Hahn
Karl Kress
Rainer Lux
Wolfgang Schmitz
Klaus-Dieter Stallmann

und Fraktion